

stützen jeden Schritt zur Aktionseinheit der Kommunisten, der Sozialisten, der Bewegung der Streitkräfte, aller demokratischen Kräfte, die sich, wie heute in der Verfassung verankert, zum Ziel gesetzt haben, ein demokratisches und unabhängiges, auf den Sozialismus orientiertes Portugal aufzubauen. Sie bringen ihre Solidarität mit den Kommunisten und allen Demokraten Portugals zum Ausdruck, die Freiheit und Fortschritt gegen die Gefahr der Reaktion und des Faschismus verteidigen, und sprechen sich nachdrücklich gegen jede ausländische Einmischung in die Angelegenheiten des portugiesischen Volkes aus.

Die Teilnehmer der Konferenz bringen ihre Solidarität mit dem Volk Zyperns zum Ausdruck. Sie fordern die unverzügliche Durchsetzung der UNO-Resolutionen über Zypern, die die Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, der territorialen Integrität der nichtpaktgebundenen Republik Zypern, den unverzüglichen und bedingungslosen Rückzug aller ausländischen Truppen aus Zypern, die unverzügliche Rückführung aller Flüchtlinge in ihre Heimatorte unter sicheren Bedingungen sowie eine friedliche Lösung des Zypern-Problems durch sinnvolle und konstruktive Verhandlungen zwischen den beiden zyprischen Gemeinschaften unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen vorsehen, um in einer Atmosphäre der Freiheit und der Gleichberechtigung zu einer Regelung zu gelangen, die den Interessen der beiden Bevölkerungsgruppen Zyperns, der Griechen und Türken, entspricht.

Die Teilnehmer der Konferenz bringen ihre Solidarität mit dem Kampf zum Ausdruck, den die Kommunisten und alle demokratischen Kräfte Griechenlands nach dem Sturz der Diktatur für die konsequente demokratische Entwicklung und die Erneuerung des Landes, für die Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit führen.

Die Konferenzteilnehmer bringen ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf der demokratischen Kräfte Nordirlands für die Gewährleistung und Verwirklichung der demokratischen und Bürgerrechte zum Ausdruck.

Die Teilnehmer der Konferenz setzen sich entschieden für die Legalisierung der Kommunistischen Partei der Türkei ein und erklären sich mit den demokratischen Kräften dieses Landes solidarisch.

Die Teilnehmer der Konferenz wenden sich gegen jegliche Diskriminierung und Verfolgung von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften, gegen die antidemokratische Gesetzgebung der Berufsverbote für Kommunisten und andere Demokraten in der BRD.

Für die Demokratie und den sozialen Fortschritt, für die Aufrechterhaltung des Friedens und internationaler Beziehungen des gegenseitigen Vertrauens und der freundschaftlichen Zusammenarbeit ist es notwendig, den Faschismus auszurotten, sein Wiedererstehen - in offener oder getarnter Form - zu verhindern, die Organisation und Aktivität faschistischer und neofaschistischer Terrororganisationen und Gruppen sowie rassistische Propaganda und Aktivitäten zu bekämpfen, die das Ziel haben, die Arbeiterklasse und andere fort-